

... Was sich im letzten Jahr im politischen Osten Europas ereignet und seinen vorläufigen Höhepunkt in der Kettenreaktion Ost-Berlin/Sofia/Prag erreicht hat, hinterlässt den Eindruck, dass die Französische Revolution zu ihrem zweihundertjährigen Jubiläum noch einmal gesiegt hat, sozusagen im Schatten der Niederlage einer anderen großen Revolution. Dieses Bild, so beliebig es auch sein mag, erleichtert uns die Orientierung angesichts einer beträchtlichen Konfusion, die man „Reform des Sozialismus“ nennt. Zunächst zwingt es uns, den Anachronismus eines Teils des aktuellen Geschehens ernst zu nehmen. Losungen, unter denen das heutige Geschehen stattfindet, gehören zu einem großen Teil dem ideellen Erbe des frühen neunzehnten Jahrhunderts. Dabei denke ich vor allem an den politischen Individualismus, den wirtschaftlichen Liberalismus, die Trennung von „Staat“ und „Gesellschaft“, die Gewaltenteilung als Mittel der Kontrolle usw. Jede von diesen Ideen ist auf ihre Weise veraltet, ihr Haltbarkeitsdatum ist sozusagen bereits überschritten, was selbstverständlich ihre Effektivität mindert.

*Das bedeutet, dass praktische Folgen...*

...nicht klar erkennbar sind, aber in Polen und zunehmend auch in Ungarn lassen sie sich dennoch beobachten. Der eigenartige Neoliberalismus, der der Kombination der vorhin genannten Prinzipien entspringt, erzeugt unerwartete, ja unlösbare Probleme, wenn er im sozialistischen Polen des 20. Jhs und nicht im England des späten 18. Jhs praktiziert wird. Zivilisatorisch gesehen, stets ein parasitäres System, hat der Sozialismus bislang immer sowohl theoretisch wie auch institutionell nur „fremde“ Patente übernommen und sie seinen ideologischen Erfordernissen angepasst. Das hat zusätzlich ihre Effektivität gemindert.

*Diesen Gesellschaften scheint eine brauchbare Theorie des Sozialismus zu fehlen.*

Gewiss, sie fehlt ihnen. Aber damit wird uns die ganze Tragweite der Frage bewußt, vor der wir uns befinden. Die bürgerlichen Gesellschaften sind nämlich nicht nach einem Plan oder im Einklang mit einer richtigen Theorie aufgebaut. Zu einem großen Teil sind sie aus sich selbst entstanden, und die Theorie hat sie dabei begleitet. Weil der Sozialismus der Kritik dieser Entstehungsweise entsprang, die vorgeblich ein Zeichen der „Selbstentfremdung“ war, ersetzte er die Spontanität des gesellschaftlichen Handelns durch Reglementierung. Jetzt stürzt er wie ein Kartenhaus in sich zusammen, aber die Leere, vor der wir stehen, ist beunruhigend. Es wäre überhaupt keine brauchbare Lösung, jetzt nachträglich das Prinzip der Selbstentstehung zu bejahen und die sog. Gesellschaft, z. B. unter dem Motto: Befreiung der Marktgesetzmäßigkeiten, sich selbst zu überlassen. Denn diese berühmte „Gesellschaft“ ist keine positive metaphysische Instanz, die man nur befreien müsste, damit sie ihre segensreiche Wirkung entfalten kann. Wir haben es nämlich zu tun mit der sozialistischen „Gesellschaft“, die jahrzehntelang im Einklang mit einem Projekt formiert wurde, welches jetzt endgültig untergeht. Mit anderen Worten, es handelt sich um ein System voller pathologischer Symptome. Überließe man es sich selbst, würde das die Krankheit eher verschärfen als heilen. ... Die Lösung müsste eher in einem staatlichen Interventionismus gesucht werden, welcher nicht von heute auf morgen sondern schrittweise den vormundschaftlichen Staat des Sozialismus ablösen würde. Denn Millionen gewöhnlicher Menschen haben keine Schuld daran, dass sie in bankrotten Unternehmen arbeiten und bislang keine Gelegenheit hatten, sich nach den „Marktgesetzmäßigkeiten“ zu richten. Sollten sie jetzt alle zur Arbeitsvermittlung geschickt werden?

*Wer trägt die Schuld? Wie soll denn dieser staatliche Interventionismus aussehen?*

Die Schuld tragen die politischen Eliten dieser Gesellschaften. Politisch mobil ist sowieso immer nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Er muss zunächst Konsequenzen aus dem Scheitern seines Projekts ziehen. Das heißt, unumgänglich ist der radikale Wechsel der politischen Elite. Nicht nur in personeller Hinsicht, so dass „neue Leute“ das gescheiterte Modell zu retten versuchen. Wenn sich Kommunisten auch nur ein Minimum der zivilisatorischen Verantwortung für ihre Gesellschaften bewahrt haben, müssen sie ohne Vorbedingungen den Anspruch aufgeben, sie zu regieren. Erst nachdem die Regierungsgewalt auf eine andere Grundlage gestellt worden ist, wird es sinnvoll sein, sich für den staatlichen Interventionismus als eine Übergangslösung einzusetzen.

*Ein derartiger Wechsel der Regierungsgewalt ist in einigen sozialistischen Ländern bereits im Gange, in Jugoslawien dagegen nicht. Aus welchen Gründen?*

Zum einen unterscheiden sich sozialistische Staaten untereinander danach, ob ihnen der Kommunismus von außen aufgezwungen worden und in seinem Fortbestehen von der Anwesenheit einer fremden Macht im Lande abhängig gewesen ist, oder ob er „von innen her“ geherrscht hat. Es ist kein Zufall, dass Länder der zweiten Gruppe, zu denen Albanien, Rumänien, Jugoslawien und nicht zuletzt auch die Sowjetunion selbst gehören, weit hartnäckigere Gegner der radikalen Veränderungen sind als Länder der ersten Gruppe. Wobei zur zweiten auch noch China, Vietnam und Cuba zählen. Der andere entscheidende Grund ist die nationale Teilung Jugoslawiens.

*Sehen Sie im Nationalismus eine Art Sicherheitsventil, das Veränderungen erschwert?*

Nicht ganz. Er hat ein eigenes historisches Gewicht. In keinem Fall stellt er einen „Trick“ der Kommunisten dar, die sich, angeblich um ihre Macht zu erhalten, jetzt auf die jeweils eigene Nation berufen. ... Die Angelegenheit ist wesentlich komplizierter. Wenn wir sie mit einigen wenigen Sätzen erklären müssten, dann müssten wir mit dem Problem des kollektiven Handelns beginnen und mit dem, was ein solches Handeln möglich macht. Der Kommunismus schafft grundsätzlich und auch praktisch - beginnend mit dem konkreten Verbot, Vereinigungen zu bilden bis zur generellen Verweigerung jeder politischen oder ideologischen Konkurrenz - jede Möglichkeit des wirklichen kollektiven Handelns ab. In dieser Situation bleiben nur die „natürlichen“ Kollektive übrig, d.h. Nationalstaaten und Nationen im ethnischen Sinne. Und weil diese auch sonst ihre Geschichte haben, wird es verständlich, warum in dem Augenblick, in dem die fiktiven Kollektive der sozialistischen Gesellschaft zerfallen, auf der Bühne nur jene „natürlichen“ bleiben. Deshalb tragen Bulgaren und Tschechen nun die Fahnen ihres Staates ... und bei uns erscheinen - und werden es im zunehmenden Maße tun - Symbole der Identifikation der Teilrepubliken.

*Slowenien und Serbien bilden offenkundig zwei Extreme, zwei am stärksten ausgeprägte nationale Projekte in Jugoslawien. In dem Konflikt der beiden erblicken viele nur den Konflikt zweier nationaler leader. Wie sehen Sie das?*

Wenn die Herausbildung einer kollektiven Identität in der Wüste, die die kommunistische Aufhebung der Geschichte hinterlassen hat, die nationale Homogenisierung zur Voraussetzung hat, dann ist die Grundfrage nicht die, ob ein Politiker als nationaler *leader* auftritt, sondern was er zur Überwindung des unmöglichen Zustands vorzuschlagen hat. Wenn er vorschlägt, das man sich in den globalen Prozess der Aufgabe der kommunistischen Orthodoxie eingliedert - und das passiert ohne Zweifel in Slowenien - , dann stört mich sein nationales Pathos nicht. Dieser kann auch maßlos sein, hauptsächlich er geht nicht in den Chauvinismus über. Ich meine, dass es im gegenwärtigen Augenblick keinen Zweifel daran geben kann, dass in Serbien das nationale Pathos eng mit den Inhalten der ideologischen

Orthodoxie verbunden ist. Denn in Jugoslawien gibt es keine nationalen und supra-nationalen Formen der Reform. Alle sind sie national. Entscheidend wird daher ein anderer Unterschied: ihr Verhältnis zum Kommunismus.

*Aber Sie haben unlängst in einem Interview den slowenischen Politikern vorgeworfen, dass sie ihren Reformkurs nicht entschieden genug gegenüber dem „Rest“ Jugoslawiens vertreten. Sind Sie inzwischen mit ihnen zufrieden?*

Für meinen Geschmack ist der Konflikt zwischen Slowenien und Jugoslawien, den ich für produktiv halte, allzu sehr auf sekundäre Fragen verlegt worden. Ich freue mich, dass die slowenischen Politiker Mut zur direkten Konfrontation gefunden haben, wobei ich hier Fragen der Verfassungsordnung im Auge habe ... Wenn im jugoslawischen politischen Raum rationale Politik keine Chance hat, d. h. wenn es keine Sicherheit dagegen gibt, dass die an die Föderation delegierte Macht durch Tricks bei Abstimmungen missbraucht wird, dann ist die Forderung nach einer „asymmetrischen“ Föderation angemessen. Vielleicht lässt sich eine derartige Forderung im Begriffsrahmen der Staats- und Verfassungstheorie nicht sauber begründen, politisch ist sie aber sinnvoll. Denn mit ihr signalisiert ein Mitglied der Föderation deutlich, daß Standards politischer Rationalität auf das Niveau des kleinsten gemeinsamen Nenners herunternivelliert werden, und dieses ist in Jugoslawien - das werden Sie zugeben - wirklich niedrig. Wenn die in Kosovo gewährten Freiheiten zum Maßstab des politischen Lebens überall in Jugoslawien werden sollen - was die eigentliche Alternative zur „asymmetrischen“ Föderation wäre - dann habe ich volles Verständnis dafür, dass nicht alle dazu bereit sind, diese Einheit des Mangels zu akzeptieren.

*Wenn ich richtig der Logik Ihrer Ausführungen folge, ist nun ein „aber“ an der Reihe.*

Ja. Es stört mich, dass die slowenische Forderung nach Souveränität nicht eindeutig aus der Forderung nach politischer Reform abgeleitet ist. M. a. W., die slowenischen Politiker müssten sagen: Wir fordern die parlamentarische Demokratie für ganz Jugoslawien. Und wenn das nicht möglich ist, dann bedauern wir es, aber wir werden sie bei uns einführen. Und um sie vor Gefahren, die von außerhalb kommen, zu schützen, werden wir die Souveränität der Republik verkünden - auf die Gefahr hin, dass in Jugoslawien zwei ganz unterschiedliche Gesellschaftsordnungen entstehen werden. Der Prozess ist aber in der umgekehrten Richtung verlaufen. Die Betonung wurde auf die Souveränität gelegt, jedoch - so glaube ich - mit der Absicht, in dem neu geschaffenen Rahmen wirklich Reformpolitik zu machen.

*Sie Denken, dass Jugoslawien auch weiter eine so oder so geartete Föderation bleiben wird.*

Das Konzept der asymmetrischen Föderation stellt eher eine Provokation als ein praktikables Modell dar. Die slowenischen Politiker haben das Problem formuliert. Jetzt muss eine Lösung gefunden werden. Das Ausscheiden Sloweniens ist als Lösung wenig wahrscheinlich, wobei aber auch das nicht das Ende Jugoslawiens bedeuten würde. Historisch betrachtet wurde Jugoslawien auf der Achse Serbien-Kroatien gebildet und nur über diese Achse kann es auseinanderbrechen. Das es bei so einem Auseinanderbrechen kein friedliches Einvernehmen über den Status von Bosnien-Herzegowina geben kann, ist der wichtigste Grund dafür, dass es dazu ohne einen europäischen Krieg nicht kommen wird. Auf jeden Fall können wir uns anderen Themen widmen, statt sich immer wieder die Frage zu stellen, ob Jugoslawien deshalb auseinander brechen müsse, weil es „zufällig“ entstanden sei. Von dem Augenblick an, in dem es entstanden ist, ist es - unabhängig von allen Mängeln, die in seiner Konstitution enthalten sind - eine Tatsache, deren Abschaffung viel mehr kosten würde als ihr weiteres Bestehen.

*Dennoch, wie soll es weiter gehen?*

Wenn wir Jugoslawien im Kontext des Weltsozialismus betrachten, dann fällt es nicht schwer einzusehen, dass das Parlament eine Koalitionsregierung wählen muss. Darunter verstehe ich eine Regierung, an der sich die deklarierten nicht-kommunistischen, also oppositionellen Politiker beteiligen. Die Bildung einer derartigen Regierung, würde die Entfernung zu jenen Ländern, die weiter fortgeschritten sind als wir - z. B. zu Polen und Ungarn - verringern. Aber schon die Formulierung dieser einfachen Forderung zeigt, wie schwierig die Aufgabe ist, vor der wir stehen. Es müssten - wenn das auf der Ebene des Bundes nicht möglich ist, so zumindest auf der Ebene der Republiken - Parlamente legalisiert werden, in denen es eine parlamentarische Opposition gäbe. Auf diese Weise bekämen unabhängige Politiker und interessierte Bürger die Chance, ohne vorherige Genehmigung, ohne Zensur vor der Öffentlichkeit für ihre Sicht der Gegenwart und der Zukunft unseres Landes einzutreten.

*Die Demokratische Partei existiert bereits. Sie sind ihr Mitglied. Welche Absichten verfolgt Ihre Partei?*

Sie tritt für den Gedanken ein - und darin besteht ihre Grundabsicht - , dass die Existenz einer politischen Opposition für das normale politische Leben unabdingbar ist. Ich denke, dass man im Sozialismus nur metaphorisch vom politischen Leben und der Existenz von politischen Parteien sprechen kann. Die kommunistische Partei selbst ist nur ihrem Namen nach eine Partei. Sie setzt sich in einer eigentümlichen Kombination aus persönlich bestimmten Stäben, aus staatlicher Administration, aus privatrechtlichen Vereinigungen usw. Auf ähnliche Weise, wie jeder, der das wünscht, in dem Vakuum, das entstehen wird, eine oder mehrere Privatfirmen bilden können, so wird der vollständige Verlust des Gleichgewichtsgefühl zum unkontrollierten Wuchern der politischen Pseudoparteien führen. In beiden Fällen ist das nur eine vorläufige Lösung. Ihre Funktion besteht darin, den Wüstensand zuzudecken und eventuell eine dünne Humusschicht zu bilden, der reale Unternehmen und reale politische Parteien entspringen können.

*Ist es dafür nicht noch zu früh?*

Natürlich ist es noch zu früh. Klienten der in Jugoslawien bereits gebildeten und auch der Parteien, die sich - wie ich hoffe - demnächst noch bilden werden, verfügen noch nicht über genug Orientierungspunkte, um sich in der politischen Realität zurechtzufinden. Deshalb wird ihre Ausrichtung zunächst weder stabil noch vorhersehbar sein. Eine Ausnahme bilden die nationalen Parteien, aber sie sind - so wie die kommunistische Partei selbst - nur Pseudoparteien. Deshalb besteht die grundlegende Aufgabe übernationaler, d. h. politischer Parteien darin, zuallererst über die bereits gewährte, stillschweigende Duldung hinaus die volle Anerkennung als politische Opposition zu erkämpfen. Den augenblicklichen Trägern der politischen Macht muss ganz klar gesagt werden, dass sie kein echtes politisches Mandat besitzen, d. h. dass ihr Anspruch, ohne politische Konkurrenz zu regieren, unbegründet ist. Und erst dann, wenn das Recht auf Opposition sich mit all dem festigen wird, was dazu gehört - z. B. der Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation, die, wie ihr Name besagt öffentlich ist, deren Medien heute dennoch ganz in der Hand der Mitglieder einer „Partei“ sind - , erst dann wird das politische Parteileben wirklich möglich sein.

*Und in der Zwischenzeit, auf welchen Prinzipien wird da die Demokratische Partei ihre Arbeit gründen?*

Ihre Grundprinzipien sind: Vorrang der Menschen- und Bürgerrechte in der Verfassung und in der Rechts- und Sozialordnung; parlamentarische Demokratie als politische Organisationsform der Macht in der jugoslawischen Gesellschaft; demokratische Föderation als Staatsform und Markt- und Sozialwirtschaft als Wirtschaftsordnung.

*Das macht den Eindruck eines „déjà vu“ ...*

...Offenkundig...

*....Wie beurteilen Sie Ihr Potential?*

Die Linien der möglichen Konflikte kreuzen sich. Unsere Grundsätze und die Forderung nach dem Parlamentarismus stellen eine offene Kritik des Kommunismus dar. Die Frage bleibt offen, ob die kommunistischen Parteien in der Lage sein werden, die Opposition anzuerkennen und dennoch nicht selbst von der politischen Szene zu verschwinden. ... Gegenwärtig ist wichtig, dass das Recht darauf bejaht wird, politisch in Konkurrenz zu treten, und was in einer solchen Konkurrenz politische Parteien anbieten werden, auf welche Weise sie agieren werden, das soll das wirkliche Leben zeigen. Übrigens: das Prinzip der Markt- und Sozialwirtschaft ist kritisch bestimmt, sowohl in seinem Verhältnis zum sog. humanistischen Sozialismus, d. h. zum Gedanken der „ganzheitlichen Selbstverwaltung“, wie auch in seinem Verhältnis zum Neoliberalismus, der die sozialen Funktionen des Staates zu niedrig veranschlagt. Wir treten dafür ein, dass das Gespenst eines „gesellschaftlichen Eigentums“ durch triviale Kategorien des privaten, öffentlichen und staatlichen Eigentums ersetzt wird, wobei eine konkrete und öffentliche Diskussion darüber entscheiden soll, welche Teile der Wirtschaft privatisiert und welche der Zuständigkeit der Gemeinden oder des Staates unterworfen werden sollen.

*Welche Antwort auf Ihre Forderungen erwarten Sie?*

Logisch wäre es zu erwarten, dass man sich über uns schweigend hinwegsetzt. Ich glaube nicht, dass es spektakuläre Antworten geben wird. Und das ist vielleicht auch gut, weil das alltägliche Leben niemals spektakulär ist. Für Menschen in sozialistischen Ländern wäre es grundlegend, sich an das alltägliche Leben zu gewöhnen, statt zwischen einer angeblichen weltgeschichtlichen Mission auf der einen und dem Elend der privaten Existenz auf der anderen Seite hin und her pendeln zu müssen. Das normale alltägliche Leben setzt das Recht an einer relevanten Teilnahme am politischen Leben voraus, und die Affirmation der Idee der politischen Opposition steht stellvertretend gerade für dieses Recht.

(aus dem Serbischen *Ivan Glaser*)